

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 3

Artikel: Die Sicherheitspolitik der USA : von Donald Trump zu Joe Biden

Autor: Schilling, Walter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-917141>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sicherheitspolitik der USA: Von Donald Trump zu Joe Biden

Es gehört zu den bemerkenswertesten Phänomenen unserer Zeit, dass die Sicherheitspolitik des von Januar 2017 bis Januar 2021 amtierenden Präsidenten der USA, Donald Trump, nahezu durchweg von der Opposition im eigenen Lande, aber auch von den meisten europäischen Politikern und von vielen Vertretern der Medien mit negativen Bewertungen bedacht wird. Mit der Amtsübernahme durch Präsident Joe Biden werden jedoch vielfach Erwartungen verknüpft, die sich nicht so ohne weiteres erfüllen lassen.

Walter Schilling

Mit Blick auf die vierjährige Amtszeit von Donald Trump fällt auf dem Felde der Sicherheitspolitik vor allem ins Gewicht, dass sich neben dem Wandel der Korrelation der Kräfte im internationalen System auch die Gesellschaften in den USA und in den europäischen Ländern sehr stark verändert haben. Dabei bilden die pazifistischen Grundströmungen insbesondere in Europa und die ausgeprägte Abneigung gegenüber dem professionellen, militärisch unterlegten Sicherheitsdenken einen höchst komplizierten Hintergrund.

So können wir beobachten, dass die in den vergangenen vier Jahren amtierende Trump-Administration in Washington in vielen europäischen Ländern abgelehnt wurde. Dies geschah ohne Rücksicht darauf, dass man von dem militärischen Engagement der USA profitierte und die Bereitschaft der europäischen Regierungen gering blieb, die für die Sicherheit ihrer Länder nötigen Kapazitäten aufzubauen.

Trumps Sicherheitspolitik

Vor dem Hintergrund der problematischen Hinterlassenschaft seines Vorgängers Barack Obama und der aktuellen Herausforderungen suchte Trump nach geeigneten Wegen, sich von der überkommenen und für die Europäer sehr bequemen Sicherheitspolitik abzusetzen. Dabei haben die neu-Definition der nationalen Interessen durch Donald Trump («America First») und dessen anfängliche Behauptung, dass die NATO obsolet sei, die Abneigung vieler Europäer gegenüber den eigenen, während der Obama-Regie-

rung getroffenen verteidigungspolitischen Zusagen, die Differenzen mit der Trump-Regierung befeuert. Insbesondere gegenüber Russland gerieten die USA und ihre europäischen Partner ins Hintertreffen. Auf die Bereitschaft Russlands zum Einsatz seiner modernisierten Streitkräfte und die Versuche Moskaus, die Bindung einzelner NATO-Mitgliedstaaten zum Bündnis zu lockern, hat die Trump-Regierung

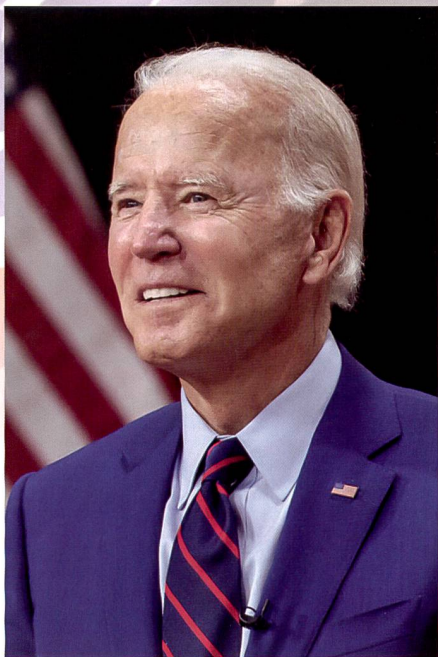
«Auf die Bereitschaft Russlands zum Einsatz seiner modernisierten Streitkräfte und auf das machtpolitische Streben Chinas hat die Trump-Regierung keine schlüssige Antwort gefunden.»

keine schlüssige Antwort gefunden. Zudem konnte es angesichts der hohen Kosten und des längst sichtbaren Misserfolges der Afghanistan-Mission nicht überraschen, dass der Präsident getreu seinem Versprechen beharrlich versucht hat, sich aus dem nunmehr schon fast zwei Jahrzehnte währenden militärischen Engagement in diesem Land zu lösen und die amerikanischen Truppen von dort zurückzuziehen.

Erst recht können wir an der Sicherheitspolitik von Präsident Trump mit Blick auf den Nahen Osten ablesen, wie weit sich dessen Vorgehen von dem Verhalten der Regierung Obama entfernt hat. Vor allem in der Politik gegenüber dem Iran wird

dies sichtbar. Hier steuerte Trump einen harten Kurs. Gleichwohl richtete sich die gezielte Tötung des Befehlshabers der iranischen Al-Quds-Brigaden, General Qassem Soleimani, am 3. Januar 2020 in Bagdad nicht darauf, eine grössere militärische Auseinandersetzung gegen den Iran einzuleiten. Mit dieser Aktion signalisierte Präsident Trump der iranischen Führung mit aller Klarheit, dass die asymmetrische Kriegführung des Mullah-Regimes mit Hilfe der eigenen und der von ihm unterstützten Terrororganisationen nicht mehr hingenommen wird. Mit Blick auf die iranische Rüstungspolitik verkündete Präsident Trump am 13. Oktober 2017 seine Entscheidung, die Einhaltung des Wiener Atomabkommens vom 14. Juli 2015 durch den Iran nicht zu zertifizieren. Am 8. Mai 2018 vollzog Washington den Ausstieg aus diesem, gegen die vitalen Interessen Israels gerichteten, Abkommen und verhängte nachfolgend neue Sanktionen gegen den Iran, um das Mullah-Regime zu zwingen, von dem Aufbau einer militärischen Nukleoption vollständig abzulassen.

Hatten Europa und der Kalte Krieg mit der früheren Sowjetunion lange Zeit im Fokus amerikanischer Sicherheitspolitik gestanden, so hat der beständige machtpolitische Aufstieg Chinas die Führung der USA gezwungen, ihr Engagement in zunehmendem Masse dem Asiatisch-Pazifischen Raum zuzuwenden. Angesichts der dramatischen Veränderung der Machtverhältnisse durch den Aufstieg Chinas und das Aufkommen der neuen Nuklearmacht Nordkorea war es nur konsequent, dass die Trump-Administration nicht nur ihre militärische Präsenz in diesem geopolitisch wichtigen Raum erhöhte, sondern auch nach handlungs-



Präsident Joe Biden. Bilder: White House.gov



Vize-Präsidentin Kamala Harris.

bereiten Verbündeten suchte, die ihr sicherheitspolitisch zur Seite stehen würden.

Perspektiven

Das Bestreben der USA, trotz des dramatischen Wandels im internationalen System noch eine spürbare Dominanz zu bewahren, wird die amerikanische Sicherheitspolitik auch künftig prägen. So robust Donald Trump gegen den schwierigen Kontrahenten Iran vorgegangen ist, hat er doch versucht, eine grosse militärische Auseinandersetzung zu vermeiden. Mit Blick auf die Politik gegenüber dem Iran dürfte Joe Biden darauf dringen, mit dem Mullah-Regime ins Gespräch zu kommen und einen Modus Vivendi zur Aufrechterhaltung oder Ergänzung des Wiener Atomabkommens auszuhandeln. Dies dürfte schwierig sein, denn zum einen wird in Mai/Juni 2021 ein neuer Präsident im Iran gewählt, der wohl eher der harten, unnachgiebigen Fraktion angehören wird. Zum anderen wurde dem neuen Präsidenten Joe Biden mit der gezielten Tötung des Nuklear- und Raketexperten und «Vater der iranischen Atombombe», Mohsen Fakhrizadeh am 27. November 2020, etwa 50 km östlich von Teheran, die Botschaft übermittelt, dass er mit entschlossenem Widerstand gegen seine beabsichtigte Iranpolitik zu rechnen hat. Im Übrigen wird das erfolgreiche Vorgehen der Trump-Regierung, im Nahen Osten eine grosse Koalition

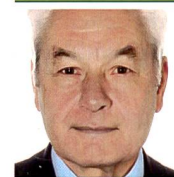
sunnitischer arabischer Staaten zu schmieden und die von der Trump-Regierung vermittelte politische Annäherung arabischer Golfstaaten an Israel der Biden-Administration ebenfalls grosse Probleme bereiten, wenn sie gegenüber dem islamistischen Regime in Iran eine nachgiebige Haltung einnehmen sollte. In der Tat hat sich die Einstellung der sunnitischen arabischen Länder und einiger af-

«Das Bestreben, trotz des dramatischen Wandels im internationalen System eine spürbare Dominanz zu bewahren, wird die Sicherheitspolitik von Präsident Biden prägen.»

rikanischer Staaten zu Israel in jüngster Zeit deutlich verändert. Die bei dem historischen Treffen des israelischen Regierungschefs Benjamin Netanjahu mit dem saudischen Kronprinzen Muhammad Bin Salman und dem ehemaligen US-Aussenminister Mike Pompeo am 22. November 2020 in der Stadt Neom am Roten Meer (Saudi-Arabien) de facto geschlossene strategische Allianz gegen den Iran, wird der neue amerikanische Präsident kaum aufbrechen können.

Im Hinblick auf das für die USA und ihre europäischen Bündnispartner bedeutsame Verhalten des machtpolitisch aufstrebenden Russlands und den ungelösten Konflikt um die Ukraine dürfte die Biden-Administration einen neuen Dialog mit Moskau suchen. Es läge durchaus im nationalen Interesse der USA, einen Wiederaufbau sinnvoller Beziehungen zu ermöglichen und die von der Trump-Administration am 22. Juni 2020 mit Russland wieder aufgenommenen Gespräche über die nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle fortzuführen. Die während der vergangenen vier Jahre aufgetretenen tiefgreifenden Differenzen Washingtons mit den europäischen NATO-Partnern – vor allem mit Deutschland – über die Prinzipien und Inhalte des Multilateralismus und die militärisch unterlegte Sicherheitspolitik im Rahmen des Bündnisses, wird Präsident Biden sicher zu mildern suchen. Auf die Befindlichkeiten europäischer Politiker dürfte der neue Präsident – anders als sein Vorgänger – Rücksicht nehmen. Gleichwohl sollten die Europäer nicht darauf setzen, dass Joe Biden die mit der Einrichtung der Ostsee-Pipeline North-Stream 2 gegebene energiepolitische Abhängigkeit von Russland und die unterhalb des Zwei-Prozent-Ziels liegenden Verteidigungsetats mancher europäischen Länder einfach hinnimmt.

Ungeachtet seiner selbstbewussten Grundeinstellung werden es die mit dem Aufstieg Chinas und Russlands verbundenen geopolitischen Veränderungen und die bleibende innere Zerrissenheit der USA dem neuen amerikanischen Präsidenten schwer machen, die Dominanz der USA in der Welt zu sichern. Vor dem Hintergrund der ausserordentlich geschickten Machtentfaltung Chinas, der selbstbewussten Politik Russlands, der inneren Schwäche der meisten europäischen Länder und der fortgesetzten Polarisierung in den USA wird die amerikanische Sicherheitspolitik immer weniger die frühere Wirkung erzielen können. Während der Biden-Ära ist daher eine fortschreitende Erosion amerikanischer Macht zu erwarten. ■



Oberst i Gst a D
Walter Schilling
Dr. phil.
Freier Publizist
D-82418 Murnau